



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Schule und Kultur
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel

Wiesbaden, 25.06.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule und Kultur
am Donnerstag, 02. Juli 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 30.04.2015

Bereich Schule

2. **15-F-33-0051**

Ferienbetreuung in der Grundschulkinderbetreuung
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 09.06.2015-

Seit 2007 wird in der Landeshauptstadt Wiesbaden der Ausbau der Betreuung am Standort Schule durch Schulfördervereine und freie Träger sukzessive vorangetrieben. Dazu gehört parallel auch die Ausweitung der Ferienbetreuungsangebote.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich der Ausbau der Ferienbetreuung durch Schulfördervereine und freie Träger von 2007 bis heute entwickelt hat (Anzahl der vorhandenen Plätze pro Jahr) und wie viele Kinder bisher von der Ferienbetreuung profitiert haben (Anzahl der genutzten Plätze pro Jahr),
2. welche Angebote die Ferienbetreuung den Kindern bietet. Sind inklusive Angebote vorhanden?
3. ob Kinder/Familien die Ferienbetreuung auch extra/einzeln nutzen können (zum Beispiel, wenn Betreuungsbedarf nur für die Ferien besteht),
4. wie sich die Finanzierung der Ferienbetreuung darstellt.

3. 15-F-03-0067

Sachstand zu den Investitionsmitteln im Schulbereich
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2015-

Nach den Presseberichten zum Thema Investitionsmittel für Schulsanierungen und -Neubau vom 19.6.15 scheint es dringend notwendig, Klarheit über den Ist-stand der verausgabten und nicht verausgabten Mittel und der Projekte zu erhalten. Darüber hinaus ist zu klären, warum

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. an welchen Schulen noch bis 31.12.15, bereits beschlossene Sanierungsmaßnahmen und Neubauten noch zur Durchführung kommen?
2. Ob damit alle durch das Parlament beauftragten, Sanierungs- oder Neubaumaßnahmen durchgeführt wurden?
3. Wenn Nein, welche Maßnahmen fehlen noch und warum wurden sie nicht, den Beschlüssen entsprechend umgesetzt?

4. 15-F-08-0034

Kein Investitionsstopp an Wiesbadener Schulen
-Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 23.06.2015-

Der örtlichen Tagespresse vom 19. Juni 2015 ist zu entnehmen, die Schuldezernentin Rose-Lore Scholz habe einen „Investitionsstopp“ an 14 Wiesbadener Schulen verkündet. Den Schulen sei dieser mitgeteilt worden. „Begeistert war niemand, aber die Betroffenen schätzen die Offenheit“, wird Stadträtin Scholz zitiert. Die Stadtverordneten, insbesondere die Mitglieder des Ausschusses für Schule und Kultur wurden über diesen „Investitionsstopp“ bislang nicht informiert.

Zur Erfassung, Planung und Durchführung notwendiger Sanierungsarbeiten an Schulen der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde eine „Schulbauliste“ erstellt, deren regelmäßige Aktualisierung beschlossen worden war, um die erforderlichen Sanierungsarbeiten - den Prioritäten entsprechend - zügig durchführen zu können. Neben erforderlichen Totalsanierungen bzw. Neubauten sind an einer ganzen Reihe von Schulen weitere Sanierungen durchzuführen, so z. B. an Dächern, an Heizungsanlagen, im Sanitärbereich sowie im Brandschutz/Sicherheitsbereich.

Der Forderung der Fraktion LINKE&PIRATEN, auf Vorlage einer aktualisierten „Schulbauliste“ und einer Aufstellung, welche Sanierungsmaßnahmen noch im laufenden Haushaltsjahr zu erledigen sind, ist die Schuldezernentin bzw. CDUSPD-Koalition bislang nicht gefolgt. Es zeigt sich aber aktuell, wie notwendig diese Informationen sind, damit entsprechende Mittel bereitgestellt werden und es nicht zu dem von Schuldezernentin Scholz bereits verkündeten Investitionsstopp kommt.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

1. Der Magistrat möge umgehend eine aktualisierte „Schulbauliste“ vorlegen, die die aktuell bekannten Sanierungs- und Neubauerfordernisse an den städtischen Schulen (mit den voraussichtlichen Kosten und Fristen zur Ausführung) enthält.
2. Insbesondere möge der Magistrat darlegen, welche Sanierungsmaßnahmen noch im laufenden Haushaltsjahr zu erledigen sind und welche Mittel hierfür noch bereit stehen bzw. überplanmäßig oder außerplanmäßig bereitgestellt werden müssen.
3. Auch möge der Magistrat mitteilen, welche Maßnahmen er zur Realisierung im Jahr 2016 bzw. 2017 vorsieht und welche Mittel dafür bereitgestellt werden sollen.
4. Der Ausschuss lehnt einen „Investitionsstopp an Schulen“ entschieden ab und erwartet, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen unverzüglich umgesetzt und für die noch nicht einer Beschlussfassung zugeführten erforderlichen Maßnahmen den städtischen Gremien Vorlagen zur Beschlussfassung übermittelt werden.

5. 15-F-33-0052

Bericht aus den Verteilkonferenzen 2015/2016
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.06.2015-

Die Verteilkonferenzen für den Übergang von der Grundschule in die Sek I für das Schuljahr 2015/16 haben Ende Mai stattgefunden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu folgenden Aspekten zu berichten:

1. Wie haben sich die absoluten Anwahlzahlen für das Schuljahr 2015/2016 (sowohl nach einzelnen Schulen als auch nach Schulformen) entwickelt und welche Maßnahmen wurden Seitens der Verteilkonferenzen ergriffen?
2. Wie hat sich das Anwahlverhalten zu den einzelnen Schulformen (in Prozent der Übergänge GS zur Sek I) im Vergleich zu den letzten 3 Schuljahren entwickelt?
3. In wie weit konnten die Wünsche nach einer Beschulung an einem Gymnasium mit G9-Angebot erfüllt werden?
4. Wie viele Schülerinnen und Schüler mussten entgegen ihrer Schulwünsche auf einem Gymnasium mit G8-Angebot unterrichtet werden, wenn im Herbst 2014 nicht kurzfristig die Umwandlung der Martin-Niemöller-Schule zu einem Vollgymnasium mit G9-Angebot beschlossen worden wäre?

6. 15-F-08-0035

Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2015-2020
-Antrag der Fraktion Linke & Piraten vom 24.06.2015-

Am 1. August 2015 beginnt das Schuljahr 2015/2016. Auf Genehmigungen von Schulentwicklungsplänen durch das Hessische Kultusministerium hat die Landeshauptstadt Wiesbaden in der Vergangenheit monatelang, ja bisweilen über ein Jahr warten müssen. Obwohl auch bei der Genehmigung eines Schulentwicklungsplans für die Schuljahre 2015 - 2020 mit einer ähnlich langen Dauer gerechnet werden muss, hat die Schuldezernentin bzw. der Magistrat bis heute noch nicht einmal einen Entwurf für einen neuen Schulentwicklungsplan den städtischen Gremien zur Beratung vorgelegt.

Im Hinblick auf die auf internationaler Ebene (UN-Konventionen) vereinbarte inklusive Gestaltung der schulischen Bildung wurde im seit dem 1. August 2011 geltenden Hessischen Schulgesetz „inklusive Bildung“ rechtlich fixiert und damit zusätzlicher Raumbedarf an den allgemeinbildenden Schulen ausgelöst. Berufliche Schulen haben ebenfalls stark wachsenden Raumbedarf. Mit der Rückkehr zu „G 9“ an Gymnasien, Ausweitung von nachmittäglichen Betreuungsangeboten an Schulen und anderen schulorganisatorischen Änderungen (z. B. Umwandlung der Martin-Niemöller-Schule von einem reinen Oberstufengymnasium zu einem Gymnasium, Einführung einer gymnasialen Oberstufe an der Theodor-Fliedner-Schule), Zunahme der Beschulung von Flüchtlingen und Angehörigen der US-Streitkräfte, entsteht bzw. entstand weiter wachsender Raumbedarf.

In der Wirtschaftsplanung der Stadt wird die Ansiedlung weiterer Gewerbegebiete bis hin zur Ausweisung neuer Gewerbegebiete angestrebt, was - neben dem bereits bestehenden - zusätzlichen Bedarf an Wohnungen auslöst und zusätzliche Wohnbebauung erforderlich macht, um den überdurchschnittlichen Anstieg bei den Mieten und die Zunahme der Verkehrsbelastungen zu begrenzen. Ausweisung und Bebauung neuer Wohngebiete lösen dann erhebliche Bedarfe an zusätzlichen Räumlichkeiten bis hin zu zusätzlichen Schulen aus.

In den zurückliegenden Jahren wuchs der Einsatz provisorischer Containerbauten an Schulen. Es soll mittlerweile eine dreistellige, wachsende Zahl von Containern an Schulen im Einsatz sein. Erst kürzlich wurden z. B. weitere 18 Container zur Behebung der räumlichen Probleme an der Theodor-Fliedner-Schule in Bierstadt beschlossen. Eine Vorlage für Container an der Grundschule in Bierstadt befindet sich im Geschäftsgang.

Aus all diesen Gründen besteht dringender Bedarf, die Schulentwicklungsplanung sowie die räumlichen und personellen Rahmenbedingungen an den Schulen den aktuellen Erfordernissen und den absehbaren Entwicklungen anzupassen. Schüler/innen und ihre Eltern haben z. B. beim Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule Entscheidungen für den weiteren Schulbesuch zu treffen. Sie sind dabei auf verlässliche Angaben über die Perspektive der Wiesbadener Schulen angewiesen.

Nachdem ein Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN zur Vorlage eines Entwurfs für den Schulentwicklungsplan im vorigen Jahr von der CDUSPD-Mehrheit abgelehnt wurde, erscheint es jetzt umso dringender geboten, die Vorlage eines Entwurfs anzunehmen, damit die städtischen Gremien endlich mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die Landeshauptstadt Wiesbaden befasst werden.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge unverzüglich einen Entwurf für den Schulentwicklungsplan 2015-2020 vorlegen.

Bereich Kultur

7. 15-F-33-0054

Einsparungen beim Projektbüro Stadtmuseum
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.06.2015-

Seitens des Arbeitskreises Stadtkultur wurde im Zusammenhang mit den drohenden Einsparungen in allen Dezernatshaushalten vorgeschlagen, das Projektbüro Stadtmuseum komplett einzusparen und so eine Verteilung der Einsparungen auf alle Kulturschaffenden, insbesondere die freien Initiativen, zu vermeiden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

- (1) Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:
 - a. Wie viele Ausstellungen mit wie vielen Besuchern/-innen wurden 2014 und 2015 durch das Projektbüro abgewickelt. Wie viele Schulklassen haben Ausstellungen des Projektbüros besucht?
 - b. Wie hoch ist der Etat für das Projektbüro Stadtmuseum 2014 und 2015 gewesen?
 - c. Wie untergliedert sich der Etat in einzelne Kennziffern für Personalkosten, Mietkosten (getrennt nach Büro-, Ausstellungs- und Depotflächen), Sammlungspflege (Bestandspflege und Ankauf von Exponaten) sowie die Umsetzung von Ausstellungen?
 - d. Welche Folgen hätte eine (ggf. temporäre) komplette Einsparung des Projektbüros auf die bestehenden Arbeitsplätze, die Sammlungsbestände, -pflege und -tätigkeit und die zukünftige Präsentation von Stadtgeschichte?
- (2) Der Ausschuss für Schule und Kultur sieht weiterhin die Notwendigkeit für einen Ort zur Präsentation der Stadtgeschichte und damit für den grundsätzlichen Erhalt des Projektbüros.

8. 15-F-03-0068

Runder Tisch zum Kulturentwicklungsplan
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2015-

Am 29.01.2015 stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag, neben der Anhörung externer Experten für die Kulturentwicklungsplanung eine Arbeitsgruppe einzurichten, die mindestens aus Vertreter/innen des Kulturdezernats, des Kulturamts, der kulturpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen, des Kulturausschusses der IHK Wiesbaden, Vertreter/innen des AK Stadtkultur sowie auf Wunsch weiterer freier Kulturschaffender besteht.

Nach der Anhörung der Experten aus Freiburg, Karlsruhe und Bremen im Kulturforum der WMK am 12.06.2015 zeigt sich nun, dass dies ein unerlässlicher nächster notwendiger Schritt für den langen Prozess der Kulturentwicklungsplanung ist. Die individuellen Herausforderungen einer planhaften Gestaltung der Stadtkultur entstehen gerade aus der Struktur der Kulturschaffenden in einer Kommune. Trotz eindeutig unvergleichbarer Spezifika, die die Planung der Kommunen determinierten, zeigte sich auch eine große Gemeinsamkeit mit den drei Städten zu Wiesbaden: Die prekäre Lage einer durch Haushaltskürzungen bedrohten Kulturlandschaft und die Notwendigkeit einer langfristigen Planung, in der Verwaltung, Politik und Kulturschaffende zusammenarbeiten. In allen drei Städten wurden die Kulturschaffenden beteiligt. Der Prozess soll laut Presseberichten nach der Sommerpause fortgesetzt werden. Der Ausschuss ist sich einig, dass die Anhörung und Beteiligung der Künstler und Kulturschaffenden

das Fundament einer Kulturentwicklungsplanung darstellt, mit der alle betroffenen Parteien zufrieden sein können und die letztendlich zu einer starken Kulturszene führen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird deshalb gebeten,

1. einen ersten großen Workshop mit den Interessensvertretern der Kulturlandschaft der LHW (Kulturdezernat, Kulturamt, kulturpolitische Sprecher der Fraktionen der STVV, AK Stadtkultur) und Vertretern der örtlichen Kulturszene (Theater, insb. freie Bühnen, bildende Kunst, Filmszene, Musik, freie Kulturschaffende) einzuberufen, um eine breite, basisorientierte Beteiligung für die kommende Kulturentwicklungsplanung zu gewährleisten;
2. Spartenspezifische runde Tische in regelmäßigen Abschnitten zu initialisieren und den Ausschuss für Schule und Kultur generell über diese runden Tische-Branchentreffen mit den Akteuren zu informieren und einzuladen;
3. zu berichten, ob branchenspezifische Treffen für die bildende Kunst, freie Theater und Jugendkultur stattfinden
4. falls nein, diese zu initiieren.

9. 15-F-33-0055

Kulturentwicklungsplan für Wiesbaden
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2015-

In der öffentlichen Anhörung zur Erstellung von Kulturentwicklungsplänen wurden am 12.06.2015 unterschiedliche Ansätze und Erfahrungen aus den Städten Bremen, Freiburg und Karlsruhe vorgestellt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

- (1) Die Landeshauptstadt Wiesbaden folgt der Empfehlung der eingeladenen Experten, einen Kulturentwicklungsplan zu erstellen.
- (2) Der Magistrat wird gebeten,
 - a. die notwendigen Schritte zur Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes einzuleiten und hierfür den Gremien bis Ende 2015 ein entsprechendes Konzept unter Benennung der zu erwartenden Kosten vorzulegen.
 - b. in dieser Konzeption auch eine Bestandsaufnahme der Wiesbadener Kulturlandschaft als ersten Schritt vorzusehen, die auch die Finanzperspektive in Relation zu anderen Ein- und Ausgabepositionen in der Stadt aufzeigt.
 - c. in dieser Konzeption sind die Möglichkeiten der zu beteiligenden Gruppen aus Kultur und Bürgerschaft darzustellen.

10. 15-F-03-0069

Sachstand zur Situation der Kinder- und Jugendbibliothek in der Mauritiusgalerie
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2015-

Im Frühjahr 2014 wurde die neu ausgebaute Stadtbibliothek in der Mauritiusgalerie im Zusammenschluss mit Medienzentrum und Musikbibliothek als „Mauritius-Mediathek“ in den seit 2006 leer stehenden Räumen eröffnet. Der Umzug der Stadtbibliothek-Zentrale eröffnete neue

Möglichkeiten für Kinder- und Jugendbildung, die in regelmäßigen Programmpunkten sowie als dauerhafte Anlaufstelle in Form einer eigenen Kinderbibliothek einen seltenen und wertvollen Ausdruck pädagogischer Arbeit finden. Seit der Eröffnung im April 2014 bis zum 12.12.2014 wurden rund 30.000 Kinderbücher ausgeliehen. Die Kinderbibliothek hat damit den höchsten am Bestand gemessenen Umsatz.

Das Personal der Stadtbibliothek beklagt nun in einem offenen Brief personellen Notstand, der aus Unterbesetzung des Teams besteht, sowie eine drohende Personalumstrukturierung, die den nach eigenen Auskünften bereits stark demoralisierten Mitarbeiter/innen Angst bereitet. Das Kinderbibliotheksteam sieht seine zielgruppenorientierte Arbeit, wie sie im „Literacy-Konzept“ dargelegt wird, durch die geplante Umstrukturierung bedroht. Das Literacy-Angebot richtet sich vor allem an Kindertagesstätten, Grundschulen sowie an Einrichtungen, die mit Migrant/innen arbeiten - im Sinne einer frühen Förderung des life-long learnings.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob und inwiefern die Überlastung des Personals (hoher Krankenstand und da-raus resultierende Arbeitsverdichtung) im gesamten Komplex der Stadtbiblio- theken bekannt ist;
2. welche Maßnahmen gegen den Notstand geplant sind, um dem Bildungsauf- trag, der über eine reine Ausleihstätte für Bücher hinausgeht, gerecht zu wer- den;
3. wie die Zukunft in der personellen Besetzung des Fachgebiets „Kinderbibliothek“ aussieht, bzw. welche Maßnahmen zur Bewahrung des derzeitigen Programmangebots, insbesondere des Literacy-Konzepts, vorgenommen werden;
4. ob und in welchem Maße eine personelle Umverteilung bzw. Reduktion des Personals geplant ist;
5. falls ja, welches inhaltliche Konzept dieser Umstrukturierung vorausgeht;
6. ob Änderungen im Anschaffungsetat für die Zentrale der Stadtbibliothek im Haushaltsjahr 2016 angemeldet sind und welche Höhe er haben wird;
7. wieviel davon für die Neuanschaffung von Büchern eingeplant ist - im speziellen für die Organisationseinheit der Kinderbibliothek.

11. 15-F-03-0070

Sachstand Schaufenster Stadtmuseum

-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2015-

Seit Februar 2011 wird das „Schaufenster Stadtmuseum“ in den ehemaligen Räumen des Café Kühn (Ellenbogengasse 3-7) von dem Projektbüro Stadtmuseum betrieben. Das Schaufenster bietet seitdem mit wechselnden Ausstellungen die Möglichkeit, der interessierten Öffentlichkeit ausgewählte Exponate der Stadtgeschichte zu präsentieren und leistet einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung der Stadtgeschichte und so letztendlich zur Identitätsbildung. Zum 31.12.2015 läuft nun der Mietvertrag für den bisherigen Standort des „Schaufenster Stadtmuseum“ aus.

In der aktuellen Debatte wurde seit einigen Monaten nun der Marktkeller als neuer Ort des „Schaufenster Stadtmuseums“ genannt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. ob das Marktkellergewölbe einen geeigneten Ort darstellt, um als dauerhafte Lösung des „Schaufenster Stadtmuseum“ zu dienen oder ob dies als Interims-lösung angedacht wird.

2. wie hoch die Investitionskosten für Innenausbau, Personalräume, Büros, etc. sind, die getätigt werden müssen, um einen adäquaten Museumsbetrieb leisten zu können.
3. mit welchen jährlichen Betriebskosten die LHW für diesen Standort Schaufenster rechnen muss.
4. ob und welche Standort-Alternativen für das Schaufenster Stadtmuseum geprüft wurden.
5. wann mit einem Umzug des Schaufensters zu rechnen ist und ob der Übergang nahtlos erfolgt, bzw. wie lange es - im Falle einer Verzögerung - kein „Schaufenster“ geben wird.

12. 15-F-03-0071

Sachstand Standort „Film und Medien GmbH“ des Landes Hessen
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.06.2015-

Für Anfang 2016 ist die Gründung der „Film- und Medien GmbH“ des Landes Hessen angekündigt. Kunst- und Kulturminister Boris Rhein äußerte gegenüber der Presse, durch dieses Vorhaben werde das „Film- und Medien Hessen“ in der nationalen Konkurrenz um die Filmförderung gestärkt.

Die geplante Fusion der bis jetzt parallel laufenden Förderung durch die WIBank und den Hessischen Rundfunk in einer neuen Gesellschaft, stellt einen wichtigen Meilenstein für die Filmwirtschaft dar und ist darüber hinaus ein Aushängeschild für die Filmkultur des Landes Hessen.

Als Landeshauptstadt bietet sich Wiesbaden für den Sitz einer solchen Unternehmung an, auch um das kreative Netzwerk und die kulturelle Szene vor Ort zu stärken.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob die LHW als Standort für den Sitz der Film- und Medien GmbH in Frage kommt, bzw. ob sie bereits als Standort festgelegt wurde.
2. welche Bemühungen vorgenommen wurden und werden, um die Gesellschaft in Wiesbaden zu etablieren.
3. falls die LHW nicht in Frage kommt, welcher Standort für den Sitz der GmbH gewählt wurde.

13. 15-F-03-0050

Sprachförderung für Flüchtlinge und Zuwanderer - Raum- und Personalsituation an der Volkshochschule Wiesbaden
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.04.2015-

ANLAGE: Beschluss Nr. 0039 vom 30.04.2015

14. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 14-F-33-0061

Schadstoffbeseitigung an Schulen
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD-

ANLAGE: Bericht des Magistrats (Dezernat IV) vom 20.04.2015

2. 15-V-05-0003

DL 23/15-2

Teilfortschreibung Schulentwicklungsplan 2014, Erlass des Hessischen Kultusministeriums vom 08.05.2015

3. 15-V-40-0027

DL 25/15-7

Schulze-Delitzsch-Schule - Schaffung von vier Klassenräumen im E-Gebäude

4. 15-V-40-0028

DL 22/15-3

Jahresrechnung 2014; Werner-von-Siemens-Schule Mehrkosten Generalsanierung

5. 15-V-40-0032

DL 23/15-5

Grundschule Bierstadt; Containerstellung für Bedarfe aus Veränderung der Zügigkeit

6. 15-V-51-0034

DL 27/15-9

Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2014

7. 15-V-20-0022

DL 22/15-2

Investitionscontrolling 1. Quartal 2015

8. 15-V-01-0006

DL 25/15-1

Bericht zum Projekt Walkmühle

9. 15-V-41-0010

ANLAGE

Troncmittel Kultur 2015

Seite 10 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 02. Juli 2015

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Schickel
Vorsitzender